

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 493

Jahrgang 212

**Bezugspreis:** für Probe und einwöchige Beleger monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00, für Bonn. Durch die Post bezogen monatlich postfr. 2,00.  
**Verkaufspreis:** für Probe und einwöchige Beleger monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00, für Bonn. Durch die Post bezogen monatlich postfr. 2,00.  
**Abendpost:** 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postcheckkonto: Leipzig 20512.

**Morgen-Ausgabe**  
**Montag, 6. Oktober**

**Anzeigenpreis:** Die Zeile, 38 mm breite min-Standzeit 20 ct. Die Zeile, 90 mm breite min-Standzeit 40 ct. Kabutt mit Cont. Zeitungsdruck Halle-Saale.  
**Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Marienb. Nr. 029  
**Eigene Berliner Schriftleitung.** — Verlag und Druck von Otto Ciele, Halle-Saale

### Neueste Tagesnachrichten

\* Zur Bekämpfung des indischen Epidemien hat die Regierung eine Heinfunktion des ganzen Reiches befohlen. Entlang eingeführt wird ein besonderes Aukerbegrenzt in Frankfurt errichtet.

\* Japan wird den Frieden in einigen Tagen ratifizieren.

\* Nach italienischen Meldungen ist der italienische Passagierdampfer „Epirus“ von Cattaro aus von regulären serbischen Truppen beschossen worden.

\* Der englische Eisenbahnstreik ist beendet.

\* Eine Erklärung Tschiicherins besagt, daß die Sowjet-Republik auf Friedensverhandlungen bereit ist, wenn alle militärischen Operationen auf dem Boden Rußlands eingestellt würden.

\* Graf Berchtold berichtigt in der „Neuen Freien Presse“ die Behauptungen des Wiener Hofbuches, das Österreich allein die Schuld an Weltkrieg zugeschrieben will.

### Masuren wird siegen!

Thorn, 4. Oktober.

Die Weichsel für Volksbestimmung des Ostpreußen Heimatsdienstes gibt bekannt, daß zur Volksbestimmung in Masuren und Ostland eine weitere Volksbestimmung aus Weichseln und Ostland bevorsteht, da die Anmeldezahl der Stimmberechtigten 100.000 bereits übersteigt. Die Bevölkerung des Ostlandes sei nur durch Einführung besonderer Geschäftsstellen in Weichseln und Ostpreußen möglich. Der Bestimmungsvorgang werde der ganzen Welt eine gemächliche Schaulust bieten. Die Welt werde erfahren, daß über alle Kontinente kühnerer Diplomaten ewig die heilige Liebe des Volkes zu seiner Heimat triumphiert.

### Auch Japan ratifiziert

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)

Amsterdam, 5. Oktober.

Aus Pariser diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Ratifikation des Friedensvertrages durch Japan nur noch eine Frage von Tagen ist.

Saag, 4. Oktober.

Der australische Senat hat den Friedensvertrag ratifiziert, ferner nahm er eine neue Militärvorlage an, die ein kriegerisch ausgerüstetes Heer von 145.000 Mann vorsieht.

### Graf Berchtold „enthüllt“

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)

Wien, 5. Oktober.

Graf Berchtold gab in der „Neuen Freien Presse“ einige interessante Enthüllungen an dem Hofbuch als Fortsetzung seiner Selbstverteidigung. Er schreibt u. a.:

„Das österreichische Hofbuch verfolgt ungenügend die Politik, die deutsche Politik von der Schuld an Ausbruch des Krieges zu entlasten und den Wiener Diplomaten einen großen Teil der Verantwortung aufzubürden. An der Tatsache, daß es sich hierbei um einen Existenzkampf gehandelt hat, wird übrigens nicht gezweifelt. Serbien war der Exponent des zaristischen, österreichisch-ungarischen und Rußlands im Kampf nachkommen und werden als selbstige Autonomie festgestellt. Es wird zunächst die Tatsache ignoriert, auf welcher Seite der wahre Kriegswille bestanden hat. Den Behauptungen vom Kriegswillen der leitenden Staatsmänner Österreich-Ungarns im Juli 1914 muß gegenübergestellt werden, daß trotz der immer wiederholten sich schärfenden Lage der Wiener diplomatischen Kreise kein anderes Programm hatte, als seinen Besitz zu erhalten. Unter russischer Patronanz und mit der Front gegen die Türkei hat der Bund der Balkanstaaten die Schwächung des österreichischen Reiches sich zum Zweck gemacht, um in zwei mörderischen Kriegen einen Teil seines Programms zu verwirklichen. Die Zurückweisung Österreich-Ungarns war ein Programm, das Rußland aufzuführen Stellung am Balkan verfehlen sollte. Das Vorgehen gegen Serbien war nicht vom Kriegswillen inspiriert, sondern von dem Gedanken, daß die fürchtbare russische Invasion eines europäischen Krieges auf diesem Wege verhindert werden konnte. Dem Rußland kam zu diesem Zeitpunkt noch erwartet werden, daß es eventuell den bevorstehenden Angriff nicht verweigern werde. Wie sehr eine verwehrene Politik damals den Interessen des Berliner

Kabinetts entsprach, ist besonders prägnant in einem Hofbuchbericht vom 13. Juli dargestellt. In diesem Bericht wird ausführt, daß Rußland zum Krieg gegen seine bisherigen Nachbarn nicht den Kriegswillen in seine politische Zukunftsberechnung eingerechnet hat, für den gegenwärtigen Moment aber noch nicht genügend vorbereitet sei. Hinsichtlich Englands hatte man höhere Ansichten, daß England bereit sei an einem, mit den Balkanländern ausbrechenden Krieg nicht teilzunehmen würde, selbst dann nicht, wenn es zu einem Besseren mit Rußland, eventuell auch mit Frankreich führen sollte. Nicht nur, daß sich das englisch-deutsche Verhältnis so weit gebessert hatte, daß Deutschland eine direkt feindliche Stellungnahme Englands nicht mehr fürchten mußte. Vor allem sei England zuerst nicht weniger als freigeschritten und gar nicht gewünscht gewesen, für Serbien oder für Rußland die Kassen aus dem Feuer zu holen.

Diese Darstellungen dürften genügen, um die Vollständigkeit der Behauptungen, wie sie jetzt aus parlamentarisch-politischen Kreisen in Umlauf gesetzt waren, zu illustrieren. Daß der Wiener Minister vom 27. Juni initiativ vorgegangen sei und Berlin „in eine Falle“ habe, ist eine glatte Fiktion.

Die serbische Antwortnote, die unter anderem für ungenügend erklärte und die den Abschluß der diplomatischen Beziehungen zur Folge hatte, wurde nach Entsetzen Baron Gieffels in Wien am 26. Juli Punkt für Punkt durchgesprochen. Der Gesandte vertrat in entscheidender Weise die Aufassung, daß mit dieser Mißachtung die Zustimmung sei nicht weniger als 10 Stunden — herunter bei zwei aller wichtigsten — nicht erreicht sei. Deutscherseits wurde erwartet, daß auf die eventuell abweisende Antwort die Kriegserklärung, verbunden mit kriegerischen Operationen sofort erfolgen werde. Graf Wegener meldete unter dem 25. Juli, daß man in jeder Beziehung des Rußlands der kriegerischen Operationen eine große Gefahr sehe und sie eine Einmischung anderer Mächte zur Folge haben würde. Man rate dringend, sofort vorzugehen und die Welt vor einer fatalen Komplikation zu stellen.

### Ernte Friedensschritte in Rußland

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)

Witau, 5. Oktober.

Aus offiziellen erbkabinetschen Mitteilungen geht hervor, daß die Politik auf einer Konsolidierung in Rußland besteht, mit den Vorkriegszeiten in Anbetracht dessen, daß sie keine imperialistische Politik verfolgen, Verhandlungen zu beginnen.

Seltinsdorf, 5. Oktober.

Von finnischer Seite wird offiziell mitgeteilt, daß die politischen Staaten die Präliminerverhandlungen mit Rußland nach dem 23. Oktober beginnen wollen.

Witau, 5. Oktober.

Das litauische Kabinett ist heute zurückgetreten. Der Staatspräsident hat das bisherige Mitglied der litauischen Friedensdelegation in Paris Galdanowitsch mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

### Tschischerins Friedensbedingungen

Berlin, 5. Oktober.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, Tschischerin, hat nach einem „Radio-Telegramm“ folgende Erklärung abgegeben:

„Was einen Frieden anbetrifft, sind unsere Wünsche immer noch die gleichen, die sie zur Zeit der Ankunft der Wlissingen hatten. Wir sind bereit, in jedem Augenblick Frieden zu schließen, vorausgesetzt, daß die militärischen Operationen auf dem Gebiet der ehemaligen russischen Kaiserreichs sofort eingestellt werden und die Forderung der Alliierten aufgegeben wird. Die Hauptbedingungen des Friedens sind dieselben geblieben: Wir wollen niemandem, wer es auch sei, den Kommunismus aufzwingen. Die Wladiken hat uns großen Schaden zugefügt.“

### Der italienisch-serbische Konflikt

Ein italienischer Dampfer beschossen — Rüsse — Der Aufstand der Montenegriner.

Lugano, 5. Oktober.

Wie der „Corriere della Sera“ aus Bari berichtet, wurde der italienische Postdampfer „Epirus“ bei der Einfahrt in die Bucht von Cattaro von beiden Ufern von regulären serbischen Truppen beschossen. „Epirus“ hatte 210 italienische Soldaten, amerikanische und französische Offiziere an Bord. Mehrere italienische Soldaten wurden verwundet. In Cattaro gab der französische Vizekonsul dem „Epirus“ für die Ausfahrt die Forderung mit Begleitung mit dem Befehl, falls sich die Beschießung wiederhole, die serbische Fregatte zu beschleichen.

Wie „Corriere della Sera“ aus Rom meldet, gestaltete sich die Lage in Rüsse zu einem ernstlichen Anlaß der Blockade, ruft jede Arbeit im Hafen, und die Fabriken müssen aus Mangel an Rohstoffen und Kohlen schließen. Ein Viehtransport ist eingetroffen, aber es fehlt an Holz zum Heizen.

Wien, 4. Oktober.

Die „Mitteleuropäer“ meldet aus Rom: lieber den Verlauf des großen montenegrinischen Aufstandes gegen die Serben

liegen nun die ersten ausführlichen Berichte aus Statuti vor. Danach steht Montenegro seit Wochen in ununterbrochenem Kampf gegen die serbischen Besatzungstruppen. Die Zahl der Aufständischen beträgt etwa 6000, sie sind sehr gut bewaffnet und mit Vorhimmengewehren, auch mit Gewehrpatronen ausgerüstet. Kommen und Vorhimmengewehre sind von den Italienern den Montenegrinern zur Verfügung gestellt worden. Die Kerntruppe der Aufständischen bilden die 600 Mann, die vor einem Monat aus Götze nach Antbar abgegangen sind und an der Spitze der ganzen Bewegung steht der montenegrinische Prinz Peter. Die Serben wurden bereits in drei ersten Treffen geschlagen. Bei Bobogrica erlitten sie eine besonders ernste Schlappe, da sie auch Vorhimmengewehre und anderes Kriegsmaterial verloren haben.

### Ludendorff — Hinz

In Ergänzung des großen Ludendorffbuches erscheinen im Verlag von E. S. Mittler u. Sohn Entgegnungen Ludendorffs auf das amtliche Weichsel über die Vorgeschichte des Westfrontkrieges. Die beiden bisher erschienenen Hefte behandeln das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung August-September 1918 und das Friedens- und Waffenstillstandsangebot, d. h. die Tage um die Wende des September-Oktober 1918. Ein drittes Heft steht noch in Aussicht. Es wird insbesondere die Stellungnahme Ludendorffs zur Befragung der Generale an der Westfront darlegen.

Die vorliegenden Ludendorffschriften beschäftigen sich vornehmlich mit den vom Staatssekretär ausgehenden Friedensverhandlungen und mit den ihnen entprechenden Teilen des Weichselbuches. General Ludendorff hat in der Tagespresse auch weitere Ergänzungen gegeben durch die Veröffentlichung von Briefen des Feldmarschalls Hindenburg und des früheren Reichsmilitärchefs von Derg. Die seine eigenen Darstellungen der kritischen Tage genau über seine Hinz befragt, worauf Hinz seinerseits bisher keine weiteren Einwände hat finden können.

Wir bedauern es sehr, daß es zu dieser Auseinandersetzung hat kommen müssen, haben wir doch die Zeit des Staatssekretär Hinz mit der besten Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse im Ausdrücken mit begrüßt. Leider sind diese Erwartungen nicht geredet worden. Als Chef des Auswärtigen Amtes gab Hinz vereinzelte Vertrauensleute aus seiner früheren Umgebung nach sich, vermochte aber in keiner Weise die Verzögerung und Verzerrung der Wilhelmstrasse systematisch zu durchbrechen. Daß er dann später einen so merkwürdigen Standpunkt eingenommen und das Material zu Veröffentlichungen gegeben hat, das sich nach dem Ludendorff beigebundenen Dokumenten mit den Tatsachen nicht vereinbaren lassen, kann man psychologisch wohl gar nicht anders erklären als durch die Annahme, daß auch Hinz ein Opfer seiner politischen Spionage geworden ist, die nach der Novemberrevolution so manchen Deutschen veranlaßt hat, mit Hindenburg Raben in das neu aufgetane demokratische Lager zu ziehen und beim Verleihen des berühmten Bobens der angeblichen Verhältnisse in überfrühter Weisheit der neuen Regierung gefällig zu sein.

Wir sind weit davon entfernt, mit diesem Bericht eine Erklärung Herr Hinz etwa unedle Motive unterstellen zu wollen, nehmen vielmehr an, daß er sich in dem Glauben befand, nur hierdurch seinen Einfluß zum Weien des Vaterlandes retten zu können, denn er ist in der vorangegangenen Zeit wertvolle Dienste geleistet hatte. Für uns dreht es sich nicht um die Personen, sondern um die von ihnen verkörperten Systeme. Wir sehen in den, die tragische Episode der deutschen Weichsel aufhellenden Veröffentlichungen Ludendorffs demgemäß auch nicht — wie man sie wohl hätte und da aufpassen möchte eine Verteidigung des Reiches, sondern eine weit über das Verinliche hinausgehende, notwendige Klärung, die uns freilich zugleich nach der persönlichen Seite hin die Ueberzeugung sichert, daß dem deutschen Volk wenigstens ein Mann verbleiben war und ist, zu dessen klarer Festigkeit es unbedingtes Vertrauen haben kann und in allen Stadien hätte haben sollen. Wir erkennen klarer als zuvor die ungeheure Tragik unseres Volkes, die sich darin abspiegt, daß — nachdem schon zu Beginn des Krieges der einzige auf hohem Posten lebende Staatsmann, der das Weien dieses Krieges und die englische Politik klar erkannte, durch die Genialität Weichselns systematisch fast gänzlich wurde — am Schluß des Krieges der bewährte Ketter des Reiches aus gefährlichen Lagen in Unendlichen entlassen wurde, wie bald dreißig Jahre vorher der Reichsgründer entlassen worden war. Jener tragische 20. Oktober ist die letzte Stütze ein und gab dem deutschen Zusammenbruch freie Bahn. Von dieser Stunde an war verfallen, was Prinz Max von Baden am 6. Oktober im Weichsel proklamiert hatte: der einzige Entschluß zum Entfamei um Leben und Tod. Der Mann aber, von dem berichtet wird, daß er als erster erklärte: „Eine nationale Verteidigung ist es nicht mehr“, befindet heute die Würde des deutschen Reichspräsidenten. . .

# Schulfragen der Zeit

## Einheitsschule und Halleische Oberlehrerschaft

Von Oberlehrer K. Sellheim.

Am Sonnabend hat in Berlin die Tagung „entschiedener Schulreformer“ begonnen. Außerdem geht in diesen Tagen durch die Zeitungen die Nachricht, daß die Reichs-Konferenz zur Erzielung der schwebenden Schulfragen wahrscheinlich im nächsten Frühjahr stattfinden wird und daß eine Vorberatung dafür auf den 20.-22. Oktober festgesetzt ist. Da erscheint es an der Zeit, wenn nochmals die Stellung der Halleischen Oberlehrerschaft zu diesen Fragen, unter denen die der Einheitsschule eine sehr bedeutsame Rolle spielt, beleuchtet wird. Wie eine Zusammenstellung im „Deutschen Pädagogischen Anzeiger“ Nr. 36 vom 24. September d. J. zeigt, weicht die Ansicht der Halleischen Pädagogen gerade im Punkte „Einheitsschule“ von der vorherrschenden des gesamten Oberlehrerstandes nicht ab.

Als nach den Ereignissen des letzten November auch der Ruf nach Schulreform besonders laut erschallt, nahm auch die gesamte Lehrerschaft der höheren Schulen Halle's zu dieser Frage Stellung. Diese wurde dann in einer Anzahl von Versammlungen wiederholt, von denen drei die Einheitsschule betreffen. Sie stehen in enger Beziehung zueinander und umfassen das Gebiet der Einheitsschule zunächst vollkommen. Geleitet haben uns dabei — das ist ausdrücklich betont — lediglich pädagogische Gesichtspunkte. Denn sie können und dürfen einzig und allein sachliche Gründe sein. Zwar werden Gründe mannigfacher Art ins Feld geführt, die für die Notwendigkeit der Einheitsschule geltend machen. Es sind vor allem politische, soziale, bei einem Fortschritt der Demokratie besonders die Forderung im Vordergrund liegend: „Einiges Recht für alle“ und „freie Bahn dem Fortschritt“. Dem die Rechtsgleichheit dieses Bundes betreffen zu wollen, — nur fügen wir hinzu: seine Erfüllung war auch bisher möglich — betonen wir aber die weitere Forderung, die A. D. Deutsche Lehrerschaft erhebt: Die Einheitsschule erfordert einheitliche Vorbildung und Befolgung der Vorschriften. Damit verfallen jedoch große Massen deutscher Volksschullehrer den Boden pädagogischer Beweisführung und machen die Einheitsschulfrage oft unbewußt und ungewollt zu einer Statusfrage. Inwieweit sind so auch andere Ministerien als nur das für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung betraut.

Indem nun die Halleische Oberlehrerschaft jede Begründung, die aus anderen als aus erzieherischen Erwägungen entspringt, grundsätzlich ablehnt, kommt sie allerdings auch zur Forderung der Einheitsschule über, wie wir gleich genauer sagen wollen, einheitlichen Grundrisses. Allerdings muß jedem für höhere Bildung empfänglichen Deutschen der Zugang zur höheren Schule offen stehen, sofern er die nötigen Gaben des Verstandes, der nicht zu verzeihen die nötige Willenskraft und körperliche Fähigkeit besitzt. Es ist nicht statthaft — wie das übrigens auch bisher nicht der Fall war —, daß Kinder minderbemittelter oder gar armer Eltern nicht auf die höhere Schule gelangen können. Deshalb muß eine einheitliche Grundriss gefordert werden, die in Stadt und Land, in Groß- und Kleinstadt, in allen Teilen des Reiches bestehen soll. Damit fallen folgerichtig die Vorschriften, die man bisher — mit viel Recht, steht dahin — so gern als Standesprivilegien bezeichnet hat. Nur verstehen wir unter der Einheitsschule eine Anzahl von 3, höchstens 4 Jahren. Die Entscheidung, ob das einzelne Kind 3 oder 4 Jahre diese Grundriss befolgt, richtet sich lediglich nach seinem körperlichen und geistigen Zustande. Es ist genügend bekannt und fernerhin leicht zu erheben, daß die geistige Befähigung, so kommt es mit 3 Jahren davon. Also pädagogische Gesichtspunkte sind entscheidend.

Es ist ein Kind von seinen Lehrern und Erziehern für den Besuch einer höheren Schule als reif erklährt worden und haben — das sei im Gegensatz zu gewissen Einheitschulmännern betont — die Eltern zur Überführung ihres Kindes auf die höhere Schule ihre Zustimmung erteilt, wird es dieser überlassen. An deren neunjährigem

Aufbau hält die Halleische Oberlehrerschaft unter allen Umständen fest.

So läßt sich also die Stellung der Halleischen Oberlehrerschaft zur Einheitsschule in folgenden drei Sätzen zusammenfassen:

1. Im neunjährigen Bau der höheren Schule wird unter allen Umständen festgehalten.

2. In diesem Falle soll der gemeinsame Unterbau 3, höchstens 4 Jahre betragen.

3. In diesem Unterbau sind Sonderklassen für Begabte einzurichten, und zwar sobald es die pädagogischen Gesichtspunkte verlangen.

Eins steht mit dem anderen in engstem Zusammenhang, so daß wir, abgesehen von dem, was wir schon über den dritten Punkt gesagt haben, die Begründung von 1. und 2. zusammen abtun können.

Warum glauben nun die Lehrer an den höheren Schulen auf alle Fälle den neunjährigen Lehrgang fordern zu müssen? Die Antwort lautet: Die höhere Schule kann sonst ihren Zweck nicht gerecht werden. Dieses muß aber in der Forderung gesehen werden, ihre Lehrgänge wissenschaftlich und sittlich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst zu fördern. Eins dieser Mittel ist aber der Unterricht in fremden Sprachen. Dieser und das Betreiben von Mathematik und Naturwissenschaften stellen die besonderen Kennzeichen der deutschen höheren Schulen dar. Andere Fächer, wie die in letzter Zeit stark in den Vordergrund getretenen Geistes-, Geschichts- und Erdkunde, so hoch wir sie schätzen und wie wenig für die höhere Schule müssen kann, hat und muß sie mit allen deutschen Schulen gemein haben. Die Bedeutung fremdsprachlichen Unterrichts für Erziehung und Unterricht zu erklären, ist hier nicht die Stelle. Nebenfalls sei er einen gewaltigen Bildungswert; er erweitert den geistigen Gesichtskreis eines Menschen ungeheuer, führt ihn in fremde Kulturen ein und vermittelt ihm eine Anzahl neuer Vorstellungen, Begriffe und Ausdrücke. Fürwahr, hoch und unangenehm ist das Ziel, das dem Sprachunterricht gesetzt ist. Daher darf man nicht an ihm sparen. Inwiefern, mindestens nach unserer Überzeugung, mit dem 5. Schuljahre. Sonst gehen gerade die Jahre des Kindes ungenutzt vorüber, da der menschliche Geist für die Aufnahme von mehr mechanischen sprachlichen Erscheinungen, wie Erlernen von Vokabeln und grammatischen Formen, am empfänglichsten ist. So früher, desto mehr fällt jener fremdsprachliche Unterricht ein, um so weiter kommt man in ihm, um so tiefer dringt der Verstand in die durch ihn vermittelten Vorstellungskreise ein. Gut — so lacht der Anhänger einer mehr vierjährigen Einheitsschule unsere Darlegungen mit Entsetzen an —, so beginnt der geforderte Unterricht in der Fremdsprache schon auf der Grundschule. Wenn eine solche Schule, so ist es nicht das selbe! Mit vollem Recht wird schon längst aus pädagogischen Gründen gefordert, daß der Lehrer, der in Verta die fremde Sprache unterrichtet, inländische sein muß, sie auch in Prima zu geben, und diesen Unterricht auch tatsächlich erteilt. Nur so kann er, von Ausnahmen abgesehen, wirklich erfolgreich unterrichten, indem er, frei von störender Rücksichtnahme auf Grammatik und ungeliebten Lehrbuches, mit seinem Herz fernab von allem auf der Unterseite in erster Linie dar über und herberst, was bei der Schriftstellerlektüre in den höheren Klassen tatsächlich vorkommt und gebraucht wird. Und möglichst ausgedehnte und flotte Schriftstellerlektüre mit ihrer reichen Ausbeute für Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges, für den einzelnen wie für Gesamtbeit wie letztlich als Förderung jedes Sprachunterrichtes gelten, die sich mit dem Schlußwort der plurima lectio wiedergeben läßt. Meist aber der Anfangsunterricht in der Sprache nicht auf der höheren Schule selbst, so erachtet sich nur so leicht die angesehene Wichtigkeit, die aus Unkenntnis oder nicht genügender Kenntnis des Zieles entspringt. Daraus ändert auch nichts, daß in Zukunft alle Lehrer eine akademische Vorbildung genießen sollen. Nach mir gewordenen Mitteln, die einen Kompromiß darstellen scheinen, gäbe es dann akademisch gebildete Lehrer 1. und 2. Klasse, wie das in Gymnasiallehrerfreien (so weiß die Firma noch zu berichten) einst der Fall war, das als Prüfungszeugnisse verschiedenen Grades ab. Es bedeutet eine Schritt rückwärts; ob damit freilich der einheitliche Lehrstand geschaffen wäre, läßt sich nicht sagen, zumal es auch eine entsprechend abgestufte Befolgung eintreten soll.

Möchte sich noch der Einwand erheben: Bisher wurde ja in den unteren Klassen der höheren Schulen besonders im Rechnen, gelegentlich auch in der Fremdsprache, von nicht akademisch gebildeten Lehrern der Unterricht gegeben. Doch hat dieser Zustand in Oberlehrerkreisen aus den eben angeführten Gründen immer als Mißstand gegolten, und vor allem die Mathematiker haben ständig gefordert, daß der Mathematikunterricht auch in den unteren Klassen in ihre Hand gelegt würde.

Verzessen sei auch nicht, daß eine länger als vier Jahre dauernde einheitliche Grundriss nach unserer Überzeugung die Bürger- und Mittelschule ihrer eigentlichen Aufgabe mehr praktisch fern entzweihete. Es ist daher kein Zufall, wenn sich die Philosophen im Gegensatz zum Preussischen Volksschullehrerverein, der eine sechsjährige, und zur Partei der Preussischen Sozialdemokraten, die eine achtjährige Grundriss verlangt, in Übereinstimmung befindet mit dem Preussischen Volksschullehrerverein, der auch für eine vierjährige Grundriss sich einsetzt.

Ein weiterer Grund, der gegen eine längere Grundriss spricht, ist die Rücksichtnahme auf die Schüler. Bedeutend erschieferliche Art lassen die Verfrüherung der Bglinge von der Grundriss auf die höhere Schule im allgemeinen nach dem 6. Schuljahre, also etwa in deren 12. Lebensjahre, nicht ratsam erscheinen. Aber durch seine Unterrichtsverfäherung in den Terten unserer höheren Schulen weiß, welche Wanderung in dem geistigen wie körperlichen Befinden der Schüler gerade in diesen Jahren der Entwidlung eintritt, der kann sich nur absehen gegen jenen Vorbehalt verhalten. Und da soll nun ausgerechnet ein Schulbesuch mit all seinen neuen Einbrüchen eintreten, da soll die Entscheidung fallen, ob ein Schüler für die höhere Schule geeignet ist oder nicht. Wie es vorzulegen in diesen Jahren gerade empfindliche Naturen, die sich dann nach einigen Jahren wieder erholen und für die es bedauerlich wäre, wenn sie wegen vorübergehender geringerer Leistungsfähigkeit von dem Besuche der höheren Schule ausgeschlossen wären. Genügt liegt eine Entscheidung im 9. bis 10. Lebensjahre des Kindes getroffen werden muß, aber diese läßt sich auf andere Weise mindern, wie wir gelegentlich sehen werden.

### Der Wiederaufbau

Eigene Drahtmeldung der „S.“

Rotterdam, 5. Oktober.

Die Kommission der deutschen Bremer-Versicherungsbesitzer hat in der Zeit vom 28. bis 29. September die holländischen Versicherungsbesitzer befragt. Die Kommission war in zwei Gruppen geteilt, sie wurde von je einem französischen Offizier und einem Bremerbeamten geführt. Gruppe 1 besuchte die Gruppenleiter von Gales, Gruppe 2 die anderen Gruppenleiter. Die Aufgaben der Kommission bestanden darin, die Sachverständigen für die einzelnen Bezirke festzusetzen.

### Italien zahlt wieder

Eigene Drahtmeldung der „S.“

Lugano, 5. Oktober.

Der Handelsminister teilt mit, daß Zahlungen an die italienische Staatsangehörige wieder gestattet sind, sofern die Beschlagnahmen aus Geldsachen resultieren, die nach der Beendigung der Blockade abgelassen sind.

### Erfolge der Albanien

Schuleri genommen.

Eigene Drahtmeldung der „S.“

Rapel, 4. Oktober.

„Secolo“ meldet: Infolge der drohenden Lage in Albanien sind italienische Kriegsschiffe vorzuehen in Richtung Valona in See gegangen. Der Aktion an der albanischen Küste soll unmittelbar eine in Mittelalbanien folgen. Die „Albania“ berichtet, sich am moehenden Stellen Roms Verlangnis erregende Depeschen aus Albanien eingetroffen. Auf Schulari wurde von den Italienern aufgegeben werden. Die Verlobungsgruppen von Elbasan sollen sich nach Valona zur Albanische Freiwilligenregimenter haben von Mittel- und Nordalbanien Besitz ergriffen.

# Die beiden Hildebrand

Nachdruck verboten.

1) Kriminalroman von Heinrich Liaden.

Doch fonderbar, doch tiefere Erwägungen trugen ihn keine Frage immer weiter — und immer näher auf die Bibliothek zu. Und obgleich es nicht wollte und sich auf alle Kraft dagegen sträubte, kam doch der Augenblick, da er die Stimmen der beiden Männer hörte — die Stimme des alten Herrn, die vor Zorn und Erregung bebte, und die Stimme Birrkins, die kalt und gefühllosmäßig klang, mit einem Stich ins Höhnliche.

„Ich habe Ihnen im Laufe der Jahre schon ein Familienkapital ausgezahlt, um endlich Ruhe vor Ihnen zu haben!“ rief Anton Hildebrand, „doch immer wieder wagen Sie es, zu mir zu kommen.“

So hörte Oswald seinen Vater in maßlosem Grimm sprechen. Und diese Worte zerstörten alle seine Bedenken. Auf den Supplisten näherte er sich dem Eingang der Bibliothek, so daß ihm nur sein Wort des Gesprächs mehr entgegen konnte.

„Ja, Herr Hildebrand, ich gebe zu, daß Sie alles in allem immer eine recht stillschweigende Summe an mich ausgeschüttet haben. Auch mich nicht geirren, daß ich Ihnen schon wieder selbst verprochen habe, Sie in Zukunft nicht mehr zu belästigen. Sichtlich hätte ich mein Verprechen gehalten, wenn mich nicht Erwägungen erster Art anderen Sinnes gemacht hätten. Wenn ich mich richtig erinnere, hatte ich im Augenblick des Verprechens die erste Mißst, mein Verprechen zu halten. Doch unter dem Einfluß der Wechselfälle des Lebens — Sie verstehen, daß habe hin und wieder falsch spekuliert und schlechte Geschäfte gemacht. Und meine Mittel erlauben es mir nicht, Verluste vom Kapital zu nehmen.“

„Nichts, Herr Hildebrand, da haben Sie recht. Aber sehen Sie, Sie führen ein glänzendes Leben, Sie sind ein angesehener Mann, ein berühmter Künstler. Sie empfangen vom Leben, was nur ein Mensch von Leben haben

kann. Das alles wäre auf einmal zu Ende, wenn ich es Ihnen nicht mehr erlaube — mit anderen Worten, wenn ich an gewisser Stelle ein kleines Geheimnis aufklären würde, für das die Welt nicht weiß. Sie hätten dann wieder alle haben würde, obwohl inzwischen viele Jahre darüber verstrichen sind. Ich bin ein einfacher Mann, der nichts anderes vom Leben hat als für sein einziges Kind, seine Tochter sorgen zu dürfen. Was ich mir im Leben verleihe, das will ich meiner Tochter ausgeben. Meint da nicht der Gedanke nahe, daß ich Ihre reichen Mittel ein wenig mit beanprude — da doch Ihr Leben in meiner Hand liegt —“

„Sie sind ein Schurke, daß Sie mich immer wieder mit Verrat bedrohen!“ brausete der alte Herr auf.

„Ein Schurke — hm — vielleicht nach Ihren Begriffen — doch kein Mörder — wie Sie!“

Dem Raucher war es, als schlage ein Blitzstrahl vor ihm in den Boden. Er mußte sich behalten, um nicht zu sinken. Großer Gott — kein Vater, ein Mörder — Unheimlich! Und doch ein gewisser Aufmerksamkeit lautete er auf seines Vaters Entgegnung, die doch diese große Bedeutung mit Abscheu und Entrüstung zu durchdringen mußte. Doch er lautete vergebens — die Antwort kam nicht. Nur ein heiseres Stöhnen gab von dem Eindringel Kunde, den das schreckliche Wort in seines Vaters Seele herborgerufen hatte. Eine ganze Minute lang war es totensilb in dem Raum neban.

„Es ist eine ungeheure Schurkerei von Ihnen, mich einen Verräter zu nennen“, sprach dann der alte Mann mit ganz gebrochener Stimme, „da Sie doch genau wissen, daß ich vor meinem Gewissen kein Verbrechen begangen habe.“

„Mein Gott ja, vor Ihrem Gewissen!“ rief der andere mit einem höhnlichen Gelächern. „Das mag Ihnen keine Mühseligkeit haben. Doch Sie wissen, daß das Gewissen des Menschen fast sein Tun nicht immer nachgebend ist. Für sein Verhältnis zu den anderen Menschen ist es jedenfalls keine gültige Instanz. Die Gewissen der Menschen sind eben nicht alle gleich — eins ist dehnbarer als das andere. Es kann bei Beurteilung des menschlichen Handelns nicht in Betracht kommen. Darum haben die weisen Christen die Gebetsbücher geschaffen. Das Strafgesetzbuch ist nicht

dehnbar. Sind Sie überzeugt, auch vor dem Strafgesetzbuch kein Verbrecher zu sein?“

Und wieder wartete der Raucher mit nachdem Gerzen auf die Antwort. Doch die Antwort blieb aus. Dafür erkante nach einer Weile wieder die Stimme Birrkins.

„Bitte, Herr Hildebrand, sehen Sie mich nicht so hoch erheben. Das ist zwecklos. Ich fürchte meine Waise —“

„Waise, hüten Sie sich! Ich könnte Sie uns Leben bringen.“

„Das weiß ich — und darum bin ich immer auf meiner Hut, wenn ich zu Ihnen komme. Ich bin betroffen.“

„Sie sind ein feiger Purke.“

„Ich nein, Herr Hildebrand, nur ein vorfichtiger Mann.“

„Sagen Sie schnell, wie viel Sie haben wollen, damit ich möglichst bald von Ihrer widerwärtigen Gesellschaft befreit werde.“

„Sie sollten nicht so zu mir reden, Herr Hildebrand. Denken Sie daran, daß es für Sie noch eine viel widerwärtigere Gesellschaft geben könnte, wenn ich nicht um einen lumbigen Tausendmarktschein wiederum für ein Jahr den Mund hielt.“

„Wie können Sie das sagen. Hier haben Sie einen Scheck und dann machen Sie, daß Sie hinauskommen.“

„Danke schon, Herr Hildebrand. Doch bringen Sie nicht lo, daß ich gebe. Ich habe nämlich gar nicht die Absicht, Sie so schnell wieder zu verlassen.“

„Was wollen Sie denn noch?“

„Nun, ich möchte noch über dieses und jenes mit Ihnen plaudern. Haben Sie schon mit Ihrem Sohn gesprochen?“

„Heber was?“

„Sie haben jaheints ein schlechtes Geschäftnis erinneren Sie sich gefälligst daran, daß ich Sie schon bei meinem letzten Hiersein erwidert. Ihren Sohn auf die nächsten Umstände seiner Geburt aufzuklären, vor allem darüber, daß seine Mutter —“

„Kein Wort weiter!“ rief der alte Herr mit rauher Stimme.

(Fortsetzung folgt.)



